



Niederschrift

über die 2. Sitzung des Zentrumsausschusses
am 21.10.2014

Sitzungsort: Info, Raum 129, Markt 1, 53757 Sankt Augustin
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:00 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Büsse, Ernst-Joachim Dr. Ratsmitglied

CDU-Fraktion

Beutel, Dirk	Ratsmitglied
Bonerath, Guido	Ratsmitglied
Feld-Wielpütz, Claudia	Ratsmitglied
Pageler, Lutz Dr.	Ratsmitglied
Puffe, René	Ratsmitglied
Bürger, Jürgen	sachkundige/r Bürger/in

SPD-Fraktion

Schmitz-Porten, Gerhard	Ratsmitglied
Hoffmann, Gabriele	Ratsmitglied
Landen, Helga	sachkundige/r Bürger/in
Staeck, Uwe-Karsten	Ratsmitglied
Quast, Björn	sachkundige/r Bürger/in vertretend

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Günther, Christian	Ratsmitglied
Nonnen, Alfred	sachkundige/r Bürger/in

FDP-Fraktion

Jung, Stefanie	Ratsmitglied
----------------	--------------

Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang	Ratsmitglied	ab 18.15 Uhr
Heikaus, Edmund	sachkundige/r Bürger/in vertretend	bis 18.15 Uhr

DIE LINKE. Fraktion

Koculan, Krishna	Ratsmitglied
------------------	--------------

Protokollführer/in

Becker, Oliver

Protokollführer

Es fehlten entschuldigt:

SPD-Fraktion

Frank, Rainer Dr.

sachkundige/r Bürger/in

Vertreter der Verwaltung:

Herr Gleß

Herr Bastian

Herr Knipp

Herr Trübenbach

Frau Schneider

Herr Hennig

Außerdem waren anwesend:

Herr Dr.-Ing Esser, Gevas Humberg & Partner

Herr Groth, Hochschule Bonn Rhein-Sieg

Herr Kalscheuer, DSK

Herr Mailand, DSK

Herr Nürnberger, DSK

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. 14/0284 Bestellung einer Schriftführerin und eines stellvertretenden Schriftführers
3. Verpflichtung sachkundiger Bürger
4. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 26.08.2014
5. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 26.08.2014 gefassten Beschlüsse
6. 14/0309 Erweiterung der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg; Vorstellung des Planungsstandes
7. Sachstandsbericht HUMA-Einkaufspark
8. 14/0295 Arbeitsstand Integriertes Handlungskonzept Sankt Augustin Zentrum - Beschluss zur Bürgerbeteiligung
9. 14/0296 Vorstellung des Parkraumkonzeptes Sankt Augustin
10. 14/0282 Bericht zum aktuellen Stand der Entwicklungsmaßnahme Sankt Augustin Zentrum West

- 11. Anträge der Fraktionen

- 12. Anfragen und Mitteilungen

- 12.1. Anfragen

- 12.2. Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 26.08.2014
3. 14/0283 Bericht zum aktuellen Stand der Entwicklungsmaßnahme Sankt Augustin Zentrum West
4. Anträge der Fraktionen
5. Anfragen und Mitteilungen
 - 5.1. Anfragen
 - 5.2. Mitteilungen

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	
---	--	--	--

Der Ausschussvorsitzende stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Er schlug vor, den

TOP 9, Drucksache-Nr. 14/0296 „Vorstellung des Parkraumkonzeptes Sankt Augustin“

aus Termingründen des hierzu Vortragenden, Herr Dr. Hessel, vor dem TOP 6, Drucksache-Nr. 14/0309 „Erweiterung der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg; Vorstellung des Planungsstandes“ zu behandeln. Damit zeigte sich der Ausschuss einverstanden.

Protokollnotiz:

Die Protokollierung erfolgt in der ursprünglichen Reihenfolge der Tagesordnungspunkte.

2	14/0284	Bestellung einer Schriftführerin und eines stellvertretenden Schriftführers	DEZ IV
---	---------	--	---------------

Beschlussvorschlag:

Der Zentrumsausschuss bestellt gemäß § 52 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit § 31 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Sankt Augustin Frau Gabriele Bungarten zur ständigen Schriftführerin und Herrn Oliver Becker zum ständigen Vertreter der Schriftführerin.

einstimmig

3		Verpflichtung sachkundiger Bürger	
----------	--	--	--

Die sachkundigen Bürger

Jürgen Bürger
Herbert Montexier

wurden durch den Ausschussvorsitzenden eingeführt und zur gesetzlichen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Die Niederschriften über die Verpflichtungen sind dem Original dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

4		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 26.08.2014	
----------	--	---	--

Der Ausschuss nahm die Niederschrift zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

zur Kenntnis genommen

5		Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 26.08.2014 gefassten Beschlüsse	
----------	--	---	--

Der Ausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

6	14/0309	Erweiterung der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg; Vorstellung des Planungsstandes	DEZ IV
---	---------	--	---------------

Nach einer kurzen Einleitung durch Herrn Gleß stellte Herr Groth die Pläne zur Erweiterung der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg anhand eines Powerpointvortrages vor.

Protokollnotiz:

Die Folien des Powerpointvortrages sind dem Protokoll beigelegt.

Herr Köhler von der Fraktion AUFBRUCH! sagte, ihn freue es, dass bei der vorgestellten Planung der Campus verkehrsfrei bleibe.

Frau Feld-Wielpütz begrüßte namens der CDU-Fraktion die Erweiterungsabsichten der Hochschule. Sie fragte hinsichtlich der Parkplatzsituation im Zentrum an, ob zusätzliche Parkplätze geplant seien. Hinsichtlich der Baufläche MK3 stellte sie die Frage, ob diese komplett oder nur zum Teil für die Erweiterung benötigt werde. Weiterhin interessiere sie, ob dann zukünftig auch eine größere Anzahl Studierende sowie Lehrpersonal erwartet würden. Bezüglich der Sportstätten und des Sportlerheims wäre sicherlich noch zu klären, ob diese ebenfalls ausgebaut werden sollten.

Schließlich bat sie um Übersendung der Vortragsunterlagen, damit sich ihre Fraktion eingehender mit diesem Thema auseinandersetzen könne.

Herr Groth betonte, dass die Hochschule nicht durch weitere zu erwartende Studierende und Lehrkräfte erweitert werde. Vielmehr würde durch die räumliche Erweiterung auf einen Planungsstand aus dem Jahr 2010 reagiert. Der Standort solle so weiter stabilisiert werden.

Hinsichtlich des Grundstücks führte er aus, dass die Hochschule sich eine weitere Reservierung einer zum jetzigen Zeitpunkt nicht benötigten Restfläche des Baufelds MK3 durch die Stadt wünschen würde, da bereits angedacht sei, Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen in unmittelbarer Nähe der Hochschule zu installieren. Diese Vision gehe sogar noch über das Baufeld MK3 hinaus.

Er wies auf eine Studie hin, wonach eine Hochschule für die betreffende Kommune durch ein steigendes Pro-Kopf-Einkommen und sinkende Arbeitslosenzahlen durchaus als Regionalentwickler fungiere.

Herr Schmitz-Porten von der SPD-Fraktion bedankte sich zunächst für den Vortrag. Er verstehe den Ausbau als innere Erweiterung der Hochschule und gehe davon aus, dass zusätzlich benötigte Parkflächen auch das notwendige Genehmigungsverfahren durchlaufen.

Herr Groth merkte an, dass sich ein reduziertes Parkangebot begünstigend auf die Inanspruchnahme von öffentlichen Verkehrsmitteln auswirken würde. So müsste jeder Studierende der Fachhochschule ein Semesterticket für den Verkehrsverbund NRW sowie jeder Beschäftigte ein Jobticket des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg erwerben und hätte damit zumindest die Möglichkeit, die Hochschule mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

Frau Feld-Wielpütz widersprach dieser Einschätzung. Dies habe sich bereits bei der seinerzeitigen Ansiedlung der Hochschule gezeigt. Damals sei man davon ausgegangen, dass aufgrund der günstigen Anbindung über die S 66 der Großteil der Studierenden mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen würde. Die Realität sei jedoch leider eine andere.

Herr Günther von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machte deutlich, dass er die Einschätzung des Herrn Groth teile. Wenn man die Parkmöglichkeiten einschränke, suche man nach anderen Möglichkeiten, sein Ziel adäquat zu erreichen.

zur Kenntnis genommen

7		Sachstandsbericht HUMA-Einkaufspark	Dez IV
----------	--	--	---------------

Herr Gleß führte aus, dass man sich voll im Zeitplan befinde, sodass der erste Bauabschnitt im November 2015 fertig sein sollte. Insofern sei er mehr als zufrieden, wie die inzwischen ca. 100 Arbeiter auf der Baustelle vorankämen.

Auch sei man mit den Bauarbeiten am Haltepunkt gut im Zeitplan. Diese sollten planmäßig im März 2015 zum Abschluss gebracht werden können.

Hinsichtlich der Klagen der Nachbarstädte Siegburg und Troisdorf liege mittlerweile eine ca. 14-seitige Klagebegründung vor. Es sei schade, dass man hiervor erst nach der Presse erfahren habe. Die Verwaltung werde diese nun gemeinsam mit dem Investor in aller Sorgfalt prüfen und abwägen. Möglicherweise werde es noch dieses Jahr eine Klageerwidern geben. Er gehe davon aus, dass es dann im Frühjahr 2015 zur Verhandlung in Münster kommen werde.

Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass der Baumaßnahme offensichtlich eine sehr gute Vorbereitung vorangegangen sei. Die anfänglichen Befürchtungen anlässlich eines vermeintlich schleppenden Beginns hätten sich in keinsten Weise bestätigt.

Herr Günther von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand der Ost-West-Spange.

Herr Gleß antwortete, dass die Ausführungsplanung mittlerweile beauftragt sei.

zur Kenntnis genommen

8	14/0295	Arbeitsstand Integriertes Handlungskonzept Sankt Augustin Zentrum - Beschluss zur Bürgerbeteiligung	FD 6/10
---	---------	--	---------

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion fragte an, ob die Verwaltung die Notwendigkeit sehe, gegebenenfalls den Kreuzungsbereich B56/Wehrfeldstraße/Südstraße sowie den Bereich Alter Bauhof mit aufzunehmen.

Herr Gleß sagte eine Prüfung zu.

Herr Günther von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bat um nähere Erläuterung, wie die angedachte aktive Bürgerbeteiligung aussehen sollte.

Herr Kalscheuer von der Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft (DSK) führte aus, dass das Integrierte Handlungskonzept (IHK) im Moment einen sehr starken informativen Charakter in der Kommunikation aufweise. Im Prinzip würden die Planungsziele aus dem „Masterplan Urbane Mitte“ nun in das IHK übersetzt. Dabei würden auch die Themen „Parkraumbewirtschaftungskonzept“ und „Erweiterung Hochschule“ berücksichtigt. Dies sei dann zunächst die Grundlage für die Öffentlichkeitsarbeit. Wichtig sei, dass es bei der Umsetzung der ersten Baumaßnahmen erhebliche zeitliche Abhängigkeiten gebe. In einem ersten Schritt sollen die Bürger hierüber informiert werden. Dadurch wolle man verhindern, dass mit Beginn der Öffentlichkeitsbeteiligung Erwartungen hinsichtlich einer sofortigen Umsetzung geweckt würden. Er gehe derzeit davon aus, dass erst im Jahr 2017, also mit Abschluss der privaten Baumaßnahmen, mit den ersten Baumaßnahmen aus dem IHK im öffentlichen Raum begonnen werden könnte.

Herr Nonnen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bat um eine tabellarische Aufstellung der einzelnen Abschnitte, aus welcher auch die jeweiligen Kosten hervorgingen.

Herr Gleß gab Herrn Nonnen recht, dass die eigentliche Schwierigkeit in der Koordination der einzelnen Maßnahmen und Baustellen untereinander liege.

Herr Kalscheuer schlug vor, die vorbereitete Powerpointpräsentation dem Protokoll beizufügen.

Diesem Vorschlag stimmte der Ausschuss zu.

Herr Günther regte an, den Fraktionen den Vortrag auch in digitaler Form zur Verfügung zu stellen.

Diesem Vorschlag stimmte der Ausschuss zu.

Protokollnotiz:

Der vorbereitete Powerpointvortrag ist dem Protokoll beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf dieser Grundlage die Eigentümergespräche und Bürgerbeteiligung durchzuführen und einen Grundförderantrag zur Aufnahme in das Stadterneuerungsprogramm NRW in Abstimmung mit dem Fördergeber vorzubereiten.

einstimmig

9	14/0296	Vorstellung des Parkraumkonzeptes Sankt Augustin	FD 6/10
----------	----------------	---	----------------

Der Ausschussvorsitzende begrüßte hierzu Herrn Dr. Hessel der Firma Gevas Humbert und Partner.

Anschließend stellte Herr Dr. Hessel mittels eines Powerpointvortrages das Parkraumkonzept Sankt Augustin vor.

Protokollnotiz:

Die Folien des Powerpointvortrages sind dem Protokoll beigelegt.

Herr Schmitz-Porten von der SPD-Fraktion bedankte sich zunächst für die Ausführungen. Man könne den Eindruck gewinnen, Sankt Augustin steuere auf einen Parkraumnotstand zu, da als Interimslösung viele Flächen bis zum Jahr 2017 mit Schotter belegt werden sollen. Er stellte die Frage, ob das vorgestellte Konzept lediglich für die Bauphase gelte oder auch darüber hinaus. Nach Fertigstellung des HUMA stünden drei Parkhäuser mit insgesamt ca. 2.450 qm Parkfläche zur Verfügung. Er gehe davon aus, dass die Schotterflächen nach Fertigstellung der Parkhäuser nicht mehr benötigt würden.

Die dargestellten Schotterflächen seien auffallend im öffentlichen Bereich. Hier stelle sich ihm die Frage der Umwidmung und der damit verbundenen Kosten für eine eventuelle Bewirtschaftung durch die Stadt.

Mit gewissen Schwierigkeiten während der Bauphase sei zu rechnen gewesen. Nun stelle sich die Situation für ihn jedoch als noch viel problematischer dar.

Hinsichtlich der Anwohner müsse man bereits zum heutigen Zeitpunkt tätig werden. Im Bereich des Holzwegs gebe es durch die Baumaßnahmen bereits jetzt für die Anwohner in einem Zeitraum von 6 bis 10 Stunden Auswirkungen. In der Sandstraße wurden bereits Schilder für eine zweistündige Parkerlaubnis aufgestellt. Für die Anwohner gelte diese Erlaubnis allerdings auch, sodass diese ebenfalls mit Strafzetteln bei Zeitüberschreitung rechnen müssten. Er stellte die Frage, ob dort schnellstmöglich Anwohnerparkplätze geschaffen werden sollten. Die Schaffung von Schotterparkplätzen auf dem Bauhof MK3, am Bauhof oder bei den Klosterhöfen würde Autofahrer nicht davon abhalten, in der Sandstraße zu parken. Man stehe bei den Anwohnern im Wort, dass die Baumaßnahme sie nicht beeinträchtigen werde. Man dürfe bei der Schaffung der Schot-

terflächen nicht die Nähe zum Zielort übersehen. Insofern würden nunmehr Nahbereiche als Parkfläche in Anspruch genommen, welche dafür eigentlich gar nicht vorgesehen seien.

Hinsichtlich des Parkhauses fragte er, ob dieses durch die Stadt errichtet werden solle. Es stelle sich ihm weiterhin die Frage, wodurch sich die Notwendigkeit hierfür generiere.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion führte zunächst aus, dass ihre Fraktion seinerzeit einen Antrag formuliert habe, in welchem auf das anstehende Problem bezüglich des ruhenden Verkehrs hingewiesen wurde, woraufhin das nun vorliegende Gutachten in Auftrag gegeben wurde. Es sei von Anfang an klar gewesen, dass es im Falle von Problemen beim ruhenden Verkehr Aufgabe der Stadt sei, nach Alternativen zu suchen. Daran hätten Politik und Verwaltung auch immer gemeinsam gearbeitet.

Sie stimmte Herrn Schmitz-Porten zu, dass es sicherlich hilfreich gewesen wäre, wenn das vorgetragene Parkraumkonzept bereits vorab den Fraktionen vorgelegen hätte. Insofern stelle sie die Frage nach dem weiteren Vorgehen, da sie nicht ein ähnliches Dilemma erleben wolle, wie es sich zurzeit in Bad Münstereifel abspiele. Auch sei die Frage des Anwohnerparkens noch genauer zu erörtern, da man hier unterschiedliche Gegebenheiten, beispielsweise bezüglich bestehender Parkplätze auf den Grundstücken, vorfinde.

Für ihre Fraktion sei auch von äußerster Wichtigkeit, wie es mit dem Parken im Bereich der Hochschule aussehe. Gegebenenfalls ergäben sich durch deren Erweiterung bereits Lösungsansätze.

Frau Jung von der FDP-Fraktion bedankte sich für den Vortrag und machte deutlich, dass heute nicht der Zeitpunkt wäre, ein Parkraumkonzept im Detail zu diskutieren. Ihre Fraktion werde sich nun eingehend mit dem Konzept auseinandersetzen und bei Bedarf entsprechende Fragen formulieren.

Der Ausschussvorsitzende wies daraufhin, dass das Parkraumkonzept heute dem Ausschuss lediglich zur Kenntnisnahme gegeben werde.

Herr Köhler von der Fraktion AUFBRUCH! stimmte Frau Feld-Wielpütz zu, dass man jetzt wissen müsse, wie es weitergehe, gerade auch im Hinblick auf die mögliche Notwendigkeit zur Errichtung eines Parkhauses und den damit verbundenen finanziellen Auswirkungen für die Stadt.

Herr Günther von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagte, dass er zurzeit keinen Parknotstand sehe. Vielmehr seien beginnende Verlagerungen in die Wohngebiete zu erkennen. Insofern sehe seine Fraktion die Notwendigkeit zur Reaktion durch die Stadt. Weiterhin gab er zu bedenken, dass vor den Überlegungen zum eventuellen Neubau eines Parkhauses zunächst etwaige Synergieeffekte mit den neuen Huma-Parkhäusern in Betracht gezogen werden sollten.

Herr Gleß machte deutlich, dass die vorliegende Sitzungsvorlage mit Bedacht zunächst durch die Verwaltung gesichtet und auf wesentliche Inhalte hin für den Ausschuss aufbereitet wurde. Heute sei also der aktuelle Sachstand präsentiert worden, nun seien in diesem bilateralen Prozess die Fraktionen an der Reihe, sich damit auseinanderzusetzen und eventuelle Fragen und Statements an die Verwaltung zu richten. Hierzu sollte man sich mindestens zwei Monate Zeit nehmen, um keine Schnellschüsse zu produzieren. Gleichwohl müsse man in den Bereichen, in welchen sofortiger Handlungsbedarf

bestehe, entsprechend zügig reagieren.

Seines Erachtens stelle sich der bereits mehrfach erwähnte Parknotstand so dar, dass sich die Stadt über Jahrzehnte den Luxus erlaube, das Parken an vielen Stellen im Zentrum kostenfrei zu ermöglichen. Dies sei schon immer zu Lasten einer sonst zentrumsüblichen Bebauung geschehen, da diese Stellplätze ebenerdig angelegt wurden. Die Stadt habe nun mit einem aufstrebenden Zentrum im Rahmen des „Masterplan Urbane Mitte“ die Chance dies zu ändern. Der einzige Grund, weshalb in der Vergangenheit keine Parkraumbewirtschaftung durch die Stadt erfolgt sei, seien die kostenfreien Stellplätze vor dem alten Huma-Einkaufspark gewesen. Vor diesem Hintergrund hätte es keinen Sinn gemacht, die übrigen Parkplätze im Zentrum kostenpflichtig zur Verfügung zu stellen, da der motorisierte Individualverkehr dann ohnehin immer versucht hätte, kostenfreie Parkplätze anzufahren. Insofern sei es immens wichtig, dass Herr Dr. Hessel nun die Auslastungszeiten der Parkräume ermittelt habe, da hieraus nun konkrete Maßnahmen abgeleitet werden könnten. Die Stadt habe die Möglichkeit, Parkräume zu bewirtschaften, bestimmte Bereiche städtebaulich aufzuwerten sowie Parkplatzsuchverkehre vernünftig zu koordinieren.

Für die Bauzeit bis 2017 müsse man sicherlich an einigen Stellen über Interimslösungen nachdenken, wohlwissend, dass nach deren Fertigstellung 2.600 Stellplätze für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen werden und hierfür dann auch nach langfristigen Möglichkeiten für eine Bewirtschaftung nachgedacht werden könnte.

Hinsichtlich eines Parkhauses äußerte er die Vermutung, dass man wohl um ein solches nicht herumkommen werde. Es stelle sich jedoch die Frage, ob dies über einen Neubau oder eine Vereinbarung mit dem Betreiber des Huma-Einkaufsparks zu lösen sei.

Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass er den Vortrag als eine erste Vorstellung des Parkraumkonzeptes verstehe. Er teile die Einschätzung, dass es sicher besser gewesen wäre, die Ergebnisse der Untersuchung vorab in die Fraktionen zu geben. Insofern halte er es für angebracht, Herrn Dr. Hessel bereits heute Fragen zu stellen bzw. sich später ergebende Fragen nachzureichen.

Herr Dr. Hessel führte aus, dass die Verwaltung zunächst den umfangreichen Bericht durchzuprüfen hatte, man andererseits jedoch bestrebt war, sobald als möglich dem Ausschuss den Bericht vorzustellen.

Die erwähnten Schotterflächen seien lediglich für den Interimszustand vorgesehen. Auch seien die dargestellten Parkmöglichkeiten nicht so angelegt, dass diese alle mit Schotter versehen würden. Es sollte lediglich dargelegt werden, dass in den verschiedenen Bauphasen ausreichend Interimslösungen möglich seien.

Hinsichtlich des Anwohnerparkens sollte der P&R-Parkplatz so zeitnah wie möglich realisiert werden. Anwohnerparken könne erst eingeführt werden, wenn sich durch die Parkraumbewirtschaftung ein größerer Verdrängungseffekt ergebe. Hierzu sei auch zunächst zu prüfen, wie hoch der Anteil der Bewohner und damit verbunden deren Parkraumbedarf sei bzw. wieviel von dem verbleibenden Platz dann für andere Nutzungen freigegeben werden könne.

Die Studierenden der Hochschule profitierten sicherlich zurzeit ebenfalls von der Möglichkeit des kostenfreien Parkens.

Bezüglich des Standortes eines Parkhauses gehe es vor allem darum, eine günstige Lage für möglichst viele Nutzungen zu finden. Hier wäre sicherlich das Parkhaus des Huma-Einkaufsparks eine Option.

Herr Schmitz-Porten bat die Verwaltung, bereits jetzt Lösungen für die einzelnen Stra-

ßen zu erarbeiten, da man hier nicht warten könne, bis ein großes Gesamtkonzept stehe. Dieses Thema sei in den vergangenen Jahren im Zentrumsausschuss immer wieder angesprochen worden. Damals habe die Stadt zugesagt, dass man sich um diese Verdrängungen kümmere.

Für den Verdrängungsbereich während der Bauphase stellte er die Frage, inwieweit man den Investor des Huma-Einkaufsparkes für die Einrichtung der Schotterparkplätze mit heranziehen könne. Hier gelte seines Erachtens das Verursacherprinzip.

Es sei für ihn neu, dass man trotz der geplanten 2.600 Stellplätze offensichtlich doch ein Parkraumdefizit feststelle und überlege, diese noch aufzustocken. Hier stelle er die Frage, weshalb dies nicht schon früher kommuniziert worden sei beziehungsweise bereits Gespräche mit Huma geführt wurden.

Herr Gleß betonte, dass von einem Parkraumdefizit nie die Rede gewesen sei. Vielmehr gehe es um das Erfordernis und die Chance einer Bewirtschaftung des Parkraumes. Dies geschehe über Parkgebühren, über die Einrichtung von Anwohnerparkflächen oder über Parkscheibenregelungen. Im Kern gehe es darum, die Stellflächen im Sankt Augustiner Zentrum so zu bewirtschaften, dass der Individualverkehr und der ruhende Verkehr vernünftig koordiniert würden. Dies gehe idealerweise einher mit einer Ausnutzung der städtebaulichen Potenziale in Form einer baulichen Weiterentwicklung.

Frau Jung betonte, dass es zunächst um eine Bestandsaufnahme gehe und man sich eingehend mit den nun vorliegenden Unterlagen zu beschäftigen habe. An Herrn Schmitz-Porten gewandt merkte sie an, dass dessen Einwendungen lediglich die ganz normalen Einschränkungen beträfen, welche eine Großbaustelle natürlicherweise mit sich brächten.

Herr Köhler sagte, dass man heute noch nicht wisse, wie sich das Verkehrsverhalten in den nächsten Jahren verändern werde. Insofern wäre der Bedarf an Parkraum zum heutigen Zeitpunkt rein spekulativ. Auch sei heute noch nicht abschätzbar, welchen Zuspruch der Huma-Einkaufspark haben werde. Man müsse jedoch zumindest ins Auge fassen, dass eventuell ein zusätzliches Parkhaus benötigt werde.

Weiterhin rege er an, auch Stellplätze für die E-Mobilität in Betracht zu ziehen, welche seines Erachtens in der Zukunft sicherlich an Bedeutung gewinnen werde.

Herr Nonnen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erinnerte daran, im Zuge der Erstellung einer Parkraumkonzeption auf die Belange des Radverkehrs zu achten.

Herr Gleß führte aus, dass über die Gebühren die Attraktivität der Stellplätze in Sankt Augustin hinsichtlich der Nutzung anderer Verkehrswege gesteuert werde.

Die Einbindung der E-Mobilität finde bereits im Rahmen des Fahrplanes für den Klimaschutz Berücksichtigung. Hier sei man bereits mit etwaigen Investoren im Kontakt.

Frau Feld-Wielpütz bedankte sich bei Herrn Gleß für die nochmalige Erläuterung der eigentlichen Problematik. Gleichfalls schloss sie sich den Ausführungen von Frau Jung und Herrn Köhler an.

Sie bedankte sich bei Herrn Dr. Hessel und machte noch einmal deutlich, dass es Aufgabe des Zentrumsausschusses sei, im Zuge der Veränderungen innerhalb des Zentrums in Zukunft auf die Belange des ruhenden, aber auch des Individualverkehrs genauestens zu achten.

Abschließend bedankte sich der Ausschussvorsitzende noch einmal bei Herrn Dr. Hessel für die Ausführungen.

zur Kenntnis genommen

10	14/0282	Bericht zum aktuellen Stand der Entwicklungsmaßnahme Sankt Augustin Zentrum West	DEZ IV
-----------	----------------	---	---------------

Beschlussvorschlag:

Der Zentrumsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

11		Anträge der Fraktionen	
-----------	--	-------------------------------	--

Es lagen keine Anträge vor.

12		Anfragen und Mitteilungen	
-----------	--	----------------------------------	--

12.1		Anfragen	
-------------	--	-----------------	--

Es lagen keine Anfragen vor.

12.2		Mitteilungen	
-------------	--	---------------------	--

Es lagen keine Mitteilungen vor.